

Wahlen – das dominierende Thema zum Jahresauftakt

Am 12. Januar 2026 startete der GVZ mit dem Schulterschluss der bürgerlichen Kandidierenden anlässlich der Kick-off-Veranstaltung zu den Stadtzürcher Stadtrats- und Gemeinderatswahlen vom 8. März. Auch der traditionelle Neujahrsapéro vom 20. Januar stand ganz im Zeichen der Wahlen und der bürgerlichen Kandidatinnen und Kandidaten. Als letzte Aktion im Wahlkampf mobilisierte der GVZ Stadtrats- und Gemeinderatskandidierende für die Standaktion vom 28. Februar an der Bahnhofstrasse.

Bürgerlicher Schulterschluss am GVZ-Wahl-Kick-off

Beim Wahl-Kick-off vom 12. Januar 2026 in der Emil Frey Autocity Zürich Nord einte der GVZ die bürgerlichen Parteien FDP, SVP und Mitte zum fulminanten Start in den Wahlkampf mit dem Motto: «**Wählen Sie am 8. März 2026 bürgerlich!**» Zur [Medienmitteilung](#).



Wahlkampfauftritt am Kick-off-Anlass des GVZ
(Fotos: LF)

Speed-Dating am Neujahrsanlass

Auf Einladung des GVZ trafen sich am 20. Januar 2026 rund 90 Mitglieder, Kandidierende und Gäste zum **Neujahrsanlass im «Spirgarten»** in Zürich-Altstetten. Bevor die Gäste den Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinderat bei Polit-Speed-Dating und Apéro richte auf den Zahn

fühlten, löcherte GVZ-Präsidentin Nicole Barandun die Kandidierenden für den Stadtrat mit gewerberelevanten Fragen auf dem Podium. Zu [Textbeitrag und Fotostrecke](#).

Standaktion in der Innenstadt

An der Bahnhofstrasse hiess es am 28. Februar 2026 nochmals mit vereinten Anstrengungen die bürgerliche Kraft sichtbar zu machen. Mit Flyern und einem süßen Gruss des GVZ war man im Gespräch mit Wählerinnen und Wählern. Zur [Medienmitteilung](#).

GVZ-Wahlkampf mit Bewegtbild

Der GVZ treibt die Digitalisierung weiter voran. Wie schon 2025 bei der Abstimmung über die neue Parkkartenverordnung (mit erweiterter Gewerbeparkkarte) setzte er auch bei den Wahlen eine erfolgreiche Videokampagne um, welche den bürgerlichen Kandidierenden mit ihren Videobotschaften Reichweite bot auf Facebook, LinkedIn und X.

Linke Mehrheit bleibt

Auch wenn das Wahlergebnis nicht die gewünschte bürgerliche Wende im Gemeinderat gebracht hat – vom Stadtrat mit nur noch einem bürgerlichen Vertreter ganz zu schweigen – politisieren von den 20 vom GVZ unterstützten Kandidierenden elf von



Video-Kampagne des GVZ für die Wahlen

zwölf Bisherigen und drei Neue in der nächsten Legislatur im Gemeinderat. Gesamtstädtisch haben FDP, SVP und Mitte zugelegt.

SAVE THE DATE

Nach dem spannenden Neujahrsanlass bereits die nächste Veranstaltung für unsere Mitglieder:

185. Delegiertenversammlung des GVZ

Dienstag, 30. Juni 2026, 18.30 Uhr
Zürich Marriott Hotel

Referent: Dr. Jörg Müller-Ganz,
Präsident Bankrat,
Zürcher Kantonalbank

Seien Sie dabei, wenn das neue GVZ-Präsidium gewählt wird! Reservieren Sie und Ihre Begleitperson sich dieses Datum bereits heute in Ihrer Agenda.

Ihre persönliche Einladung erhalten Sie in der zweiten Juni-Woche per E-Mail.

Aus dem Inhalt

Kontakt-Lunch mit dem Stadtrat.....	2
Firmenbefragung 2025 – Alarm fürs Gewerbe.....	2
Vom Umgang mit Steuergeldern.....	3
Aus dem Gemeinderat.....	4
Info-Veranstaltung «Sind Sie sicher» mit der Stadtpolizei.....	7
Kolumne.....	7

Kontakt-Lunch mit dem Stadtrat

Am 28. Januar 2026 trafen sich rund 50 Vertreterinnen und Vertreter des Werkplatzes Zürich, also des Gewerbeverbands der Stadt Zürich (GVZ), des Industrie-Verbands Zürich (ivz) und der Made in Zürich Initiative (MIZI), mit den **amtierenden StadträtInnen – welche wertschätzen-derweise in corpore erschienen – und weiteren 28 Vertretenden der städtischen Verwaltung** im Zunfthaus Zur Waag zum Austausch.

Stadtpräsidentin Corinne Mauch begrüßte die Anwesenden, **GVZ-Vorstandsmitglied Dave Brunner** richtete in Abwesenheit der GVZ-Präsidentin einige Worte des Dankes an die Stapi für diese willkommene

Gelegenheit des direkten Gesprächs mit der Verwaltung. Viele nutzten die **Möglichkeit, mit den Zuständigen der städtischen Verwaltung Probleme anzusprechen** und künftige Vorgehensweisen zu diskutieren. Es bleibt zu hoffen, dass die Inputs nicht im Waag-Saal verhallen, sondern bis in die Amtshäuser getragen werden und in der einen oder anderen Weise **positive Wirkung fürs Gewerbe entfalten mögen.**

Der nächste Kontakt-Lunch mit dem Stadtrat findet **2028** statt. **Möchten Sie dabei sein?** Schicken Sie schon jetzt ein E-Mail an u.woodtli@gewerbezuern.ch.



Stadtpräsidentin Corinne Mauch begrüßt die Anwesenden.



Lebhafter Austausch am Kontakt-Lunch (Fotos: LF)



Vorstandsmitglied Dave Brunner verdankt die Einladung an den GVZ.

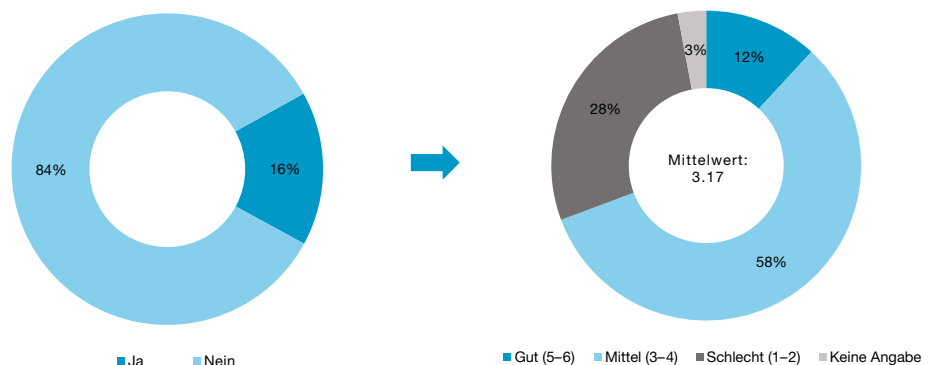
Firmenbefragung 2025 – Alarm fürs Gewerbe

Am 13. Januar 2026 präsentierte die Stadt Zürich die Ergebnisse der neuen [Firmenbefragung](#). 1499 Unternehmen und Selbständigerwerbende haben mitgemacht. Und **die Stadt Zürich attestiert dem Standort eine «hohe Gesamtzufriedenheit»** und gibt sich zufrieden mit einem Durchschnittswert von 4,65 (Notenskala von 6: sehr gut bis 1: gar nicht zufrieden). Dieser Wert sei «etwas tiefer als in den vorherigen Befragungen, aber weiterhin hoch». Der GVZ sagt klar: **Mittelmass genügt nicht! «Da muesch der in Zuekunft meh Mueh gäh!»,** würden wir unseren Kindern bei dieser Zeugnisnote sagen. Nicht so die Stadt: Die immer gleichen Faktoren werden in der mittlerweile sechsten Firmenbefra-

gung kritisiert – und was passiert? Nichts.

GVZ-Präsidentin Nicole Barandun war eingeladen, die Ergebnisse ➔

Abbildung 4: Selbstdeklaration «produzierender Betrieb» und Bewertung der Rahmenbedingungen für produzierende Betriebe. Antworten auf die Fragen: «Ist Ihre Firma ein produzierender Betrieb?» (links) und «Wie beurteilen Sie die Rahmenbedingungen für produzierende Betriebe in der Stadt Zürich?» (rechts) (Filter: Wenn produzierender Betrieb) Notenskala 6 bis 1 (6: sehr gut, 1: sehr schlecht)



Als Gründe für die schlechtere Beurteilung Zürichs als Standort für produzierende Betriebe wurden von den Firmen die hohen Mietkosten und fehlende Räume, regulato-

rische und administrative Hürden sowie der Verkehr und die Erreichbarkeit genannt.

Grafik aus der Firmenbefragung 2025 zu produzierenden Betrieben (zVg)

aus Sicht des Gewerbeverbands der Stadt Zürich zu beurteilen. Aus Sicht des GVZ zeichnet der Bericht ein klares Warnbild: Für Bau, Handwerk, Produktion und detailhandelsnahes Gewerbe **verschlechtern sich die Rahmenbedingungen bei Flächen, Verkehr und Regulierung deutlich**.

Produzierende Betriebe schlagen Alarm

Besonders deutlich zeigt sich dies bei den produzierenden Betrieben. 16 Prozent der Firmen ordnen sich in diese Kategorie ein. Ihre Beurteilung der Rahmenbedingungen verschlechtert sich massiv:

- Der Mittelwert sinkt von 3,49 (2021) auf 3,17 (2025).

- Der Anteil unzufriedener Unternehmen (Noten 1–2) steigt von 22 auf 28 Prozent.
- Der Anteil zufriedener Betriebe (Noten 5–6) halbiert sich von 22 auf 12 Prozent.

Als Gründe nennen die produzierenden Firmen explizit hohe Mietkosten und fehlende Räume, regulatorische und administrative Hürden sowie Verkehr und Erreichbarkeit.

Forderungen des GVZ

Aus der Sicht des Gewerbes ergeben sich aus der Firmenbefragung klare Handlungsaufträge:

- Gewerbegeeignete Verkehrspolitik
- Flächen für Gewerbe sichern
- Bewilligungen beschleunigen

- Verbindliche Gewerbefolgenabschätzungen

«Die Firmenbefragung ist ein wichtiges Instrument – sofern ihre Signale ernst genommen werden», hielt die Präsidentin an der Präsentationsveranstaltung fest. In diesem Zusammenhang mutete es schon etwas seltsam und fast wie eine Entschuldigung fürs Nichtstun an, als Stadtpräsidentin Corine Mauch anlässlich ihrer Begrüssung am Kontakt-Lunch mit dem Gewerbe (siehe Textbeitrag oben) von einer nicht repräsentativen Befragung sprach. Auch wenn letztere das natürlich ist.

Zur detaillierten [Medienmitteilung](#) des GVZ.

Austausch mit dem städtischen Beschaffungswesen

VertreterInnen des GVZ haben sich mit VertreterInnen des Beschaffungswesens der Stadt Zürich zu einem Austausch getroffen. Nebst persönlichem Kennenlernen und Abholen von Informationen zum Beschaffungsrecht und zur Aufstellung der städtischen Beschaffungsstelle konnten die GewerbevertreterInnen ihre Anliegen einbringen. So zum Beispiel die Gewichtung von Lehr-

lingsausbildung bei Vergaben: Ein **Betrieb mit Lehrlingsausbildung** hat bekanntermassen ganz andere Kostenstrukturen als ein Unternehmen ohne. Dies gilt es bezüglich Konkurrenzfähigkeit bei Vergaben zu berücksichtigen. Ebenso die Problematik bei **Projektänderungen mit Nachträgen in laufenden Projekten**, wo die Kostenkontrolle nicht ausreichend ist. Oder das Thema

Digitalisierung und Standardisierung von Angebotsprozessen und deren Beschleunigung.

Dieser Austausch wird wiederholt. Haben Sie **Fragen oder Anliegen zur städtischen Beschaffung?** Dann senden sie ein E-Mail an u.woodtli@gewerbezuersch.ch.

Vom Umgang mit Steuergeldern

Züri Fäscht

Am 15. Januar 2026 nahm der GVZ an einem «**Austausch zur Neukonzeption des Zürcher Stadtfestes**» teil. Nachdem die Stadt dem Verein Züri Fäscht mit dem Verbot des Feuerwerks und übermässigen Auflagen den Garaus gemacht hatte, wollte sie **verschiedene Szenarien für ein neues Stadtfest diskutieren**. Es gehe darum herauszufinden, ob die Veranstaltung wie gehabt ums Seebecken stattfinden soll oder zeitgleich in verschiedenen Quartieren

und für wie viele Tage. Eingeladen waren nebst Wirtschaft, Gastronomie, Tourismus und Schaustellerverband auch Stakeholders wie die offene Jugendarbeit, Pro Senectute, die Zürcher Gemeinschaftszentren oder die Caritas. Letztere insbesondere auch, um auch die Wünsche von Menschen mit geringem Einkommen abzuholen.

Die Stadt hatte **zwei Agenturen** – Aroma und JEFF – damit beauftragt,

je zwei Stadtfestszenarien auszuarbeiten, die nun vorgestellt wurden. Auch ein grosszügiger Apéro riche durfte natürlich nicht fehlen. Und obwohl die Teilnehmenden einen Vorschlag priorisiert haben, will die Stadt nun nochmals abwägen und möglichst aus allen Vorschlägen etwas übernehmen. **Fazit: Es darf kosten, was es will, und am Schluss macht die Stadt doch, was sie will.**

Gratis Gewerbeflächen – zu früh gefreut

Schon mehrere Male haben wir über den Recyclinghof Josy berichtet. Nun werden dort [gratis Gewerbeflächen](#) angeboten (nur Nebenkosten müssen übernommen werden), um nachhaltige Geschäftsmodelle und neue Konsumgewohnheiten zu fördern. Man könnte es auch Umerziehung nennen. **Seit wann ist es Aufgabe des Staats, gratis**

Gewerbeflächen abzugeben?

Wobei: Ein eigentliches Gewerbe im wörtlichen Sinn kann sich dort nicht etablieren: Die **Einheiten sind klein** (im Container fünf Einheiten à 17,7 m² bis 43,5 m², im Dienstgebäude eine Ladenfläche von 61,69 m²) und sind «mietbar» für **mindestens drei Monate und längstens ein Jahr**. Auch das Bringen und Abholen der

zu reparierenden Artikel dürfte sich unter Umständen als schwierig erweisen, nicht alles lässt sich mit dem Lastenvelo transportieren. Wie man's auch dreht und wendet, herausgekommen ist wohl einmal mehr ein von allen subventioniertes Angebot für Rot-Grün – auf Seiten der Mietenden wie auf Seiten der Kundschaft.

Reparaturbonus

Im Rahmen des dreijährigen [Pilotprojekts «Reparaturförderung»](#) unterstützt die Stadt Reparaturen mit **bis zu 100 Franken pro Person und Jahr**. Die Online-Plattform zur Abwicklung wird zurzeit aufgebaut. Eigentlich sollte es ja selbstverständlich sein, dass reparierbare Gegen-

stände wieder instand gestellt und nicht einfach entsorgt werden. Und genau da braucht es das Gewerbe.

Es ist ja nicht so, dass der GVZ solche Steuergeschenke für Umerziehungsmassnahmen begrüssen würde. Hier besteht aber immerhin die

Möglichkeit für Handwerksbetriebe, die Reparaturen anbieten, sich [auf der Online-Plattform zu registrieren](#) und mitzumachen. Sollten Sie wider Erwarten abgewiesen werden, bitten wir um eine Nachricht an die Geschäftsführerin unter u.woodtli@gewerbezuersch.ch.

Aus dem Gemeinderat

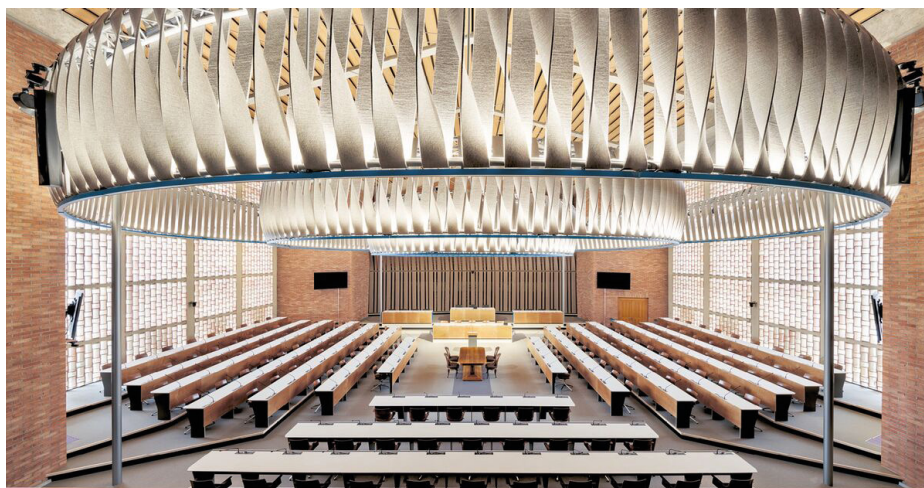
Regelmässig flattert die Ratspost ins Postfach mit interessanten, manchmal gewerberelevanten, oft auch vielen kuriosen Geschäften aus dem Zürcher Gemeinderat.

■ Wie bestellt, so erhalten

Auf der Grundlage der [Strategie «Stadttraum und Mobilität»](#) verfolgt die Stadt Zürich das Ziel, lebenswert zu bleiben und klimaneutral zu werden. Mit einer [interaktiven Karte](#) informiert das Tiefbauamt über aktuelle und geplante Tiefbauvorhaben auf öffentlichem Grund. Mit rund 740 Projekten will das Tiefbauamt für eine sichere, zuverlässige und zukunftstaugliche Infrastruktur sorgen. **2026 starten 134 Baustellen**, deren 62 sind bereits in Betrieb. Im Strategiepapier sind die Prioritäten klar: Fuss-, Velo- und öffentlicher Verkehr sowie der Ausbau von Grünflächen. **Die Versorgung und der durch die rege Bautätigkeit anfallende An- und Abtransport von Baumaterialien scheinen absolut zweitrangig.**

■ Kreuzplatz

Die neuen Verkehrsmassnahmen am Kreuzplatz erschweren die Erreichbarkeit und Belieferung



Aus Gotteshaus nach Rathaus. (Foto: hochparterre.ch)

der Geschäfte und generieren Umwegfahrten durch das Quartier. In diesem Zusammenhang wurden die nachfolgenden zwei Vorstösse eingereicht:

GR 2026/90: Verkehrsmassnahmen beim Kreuzplatz, Gründe gegen den Abbieger für den Autoverkehr von der Kreuzbühl- in die Klosbachstrasse, geprüfte Alternativen, **Auswirkung von Umleitungen des motorisierten Individualverkehrs** in Bezug auf den CO₂-Ausstoss und Anpassungen beim Ersatz und Neubau von Fernwärmeleitungen sowie Beurteilung der angepassten Verkehrsführung.

Sowie **2026/86:** Aufhebung des Linksabbiegeverbots von der Kreuzbühlstrasse in die Klosbachstrasse unter **Prüfung von verkehrsplanerischen Anpassungen.**

GR 2026/81: Gastrobetrieben mit **Boulevard-Café und Umstatteinbussen infolge von Grossbaustellen** soll die Gebühr für die Boulevardcafé-Bewilligung in den Kalenderjahren der Bautätigkeit erlassen werden. Das Postulat von Emanuel Tschannen, Sebastian Vogel und Marita Verballi (alle FDP) geht auf die Bautätigkeiten am Kreuzplatz zurück, wo trotz mehrmonatiger Unnutzbarkeit des Aussenraumes ➔

die Gebühren beim Lokal Bohemia voll erhoben wurden. Im Zusammenhang steht auch das Postulat [GR 2025/337](#) von Emanuel Tschannen und Sebastian Vogel (beide FDP), welches Entschädigung fordert für Selbständigerwerbende und kleine Unternehmungen mit **Umsatzeinbussen durch Baustellen auf öffentlichem Grund**. Die Stadt bleibt in beiden Fällen einstweilen stur. Ein Blick über den Röstigraben könnte helfen: Am 1. Februar 2026 führte Lausanne ein pragmatisches Entschädigungsmodell für Betriebe ein, die unter Langzeitbaustellen leiden.

■ [GR 2025/618](#)

Mehr von allem, so auch bei den Kitas. Mit dem Postulat fordern SP, Grüne und AL **deutlich mehr Kitas** mittels Übernahme von bestehenden Kitas und durch Nutzung städtischer Liegenschaften und solchen von städtischen Stiftungen. Es doppelt die als Postulat [GR 2025/616](#) entgegengenommene Motion nach, wonach der Anteil städtischer Kitas auf mindestens einen Viertel bis 2040 erhöht werden soll.

■ [GR 2025/65](#)

Die Stadt ging juristisch gegen die Mobilitätsinitiative, welche sich ausschliesslich auf Hauptverkehrsachsen bezieht, vor und beschloss im gleichen Atemzug ein Budget von CHF 3,5 Mio. für die Umgestaltung der Rosengartenstrasse (oberirdische Fussgängerquerungen mit Lichtsignalanlage, Tempo 30 und ÖV-Priorisierung). Das Bundesgericht hat nun gegen die Stadt entschieden und entzieht der Beschwerde die aufschiebende Wirkung. Der Zürcher Regierungsrat will das entsprechende Gesetz nun rasch in Kraft setzen.

■ [GR 2025/396](#)

Mit ihrer als Postulat entgegengenommenen Motion verlangen Reto Brüesch, Walter Anken und Jean-Marc Jung (alle SVP) die **Entlastung des lokalen Gewerbes** von administrativem Aufwand und finanziellen Belastungen.

■ [GR 2025/400](#)

Yasmine Bourgeois, Flurin Capaul und Roger Suter (alle FDP) verlangen mit ihrem Postulat zu prüfen, wie städtische Bauprojekte in Zukunft transparent budgetiert sowie nach

vordefinierten Prioritäten gesteuert werden können. Damit soll mehr Planungssicherheit für die Bauwirtschaft und Zulieferfirmen erreicht werden.

■ [GR 2025/343](#)

Dank des Postulats von Martina Zürcher und Andreas Egli (beide FDP) ist die **Regionalwache City (Kreis 1) seit 1. Januar 2026 am Samstagvormittag von 9 bis 12 Uhr wieder geöffnet**. Dringende Fälle werden nach wie vor auch ausserhalb der Öffnungszeiten entgegengenommen. Weiterhin stehen die digitalen Anzeigemöglichkeiten und der [Online-Polizeiposten](#) zur Verfügung.

Ratsdebatte via Livestream

Wer einmal eine Ratsdebatte bequem von zu Hause aus verfolgen möchte, kann dies **jeweils am Mittwoch ab 17.00 Uhr** via [Livestream](#) tun. Videos vergangener Sitzungen werden abgespielt, wenn die entsprechende Sitzung in der Dropdown-Liste im Videoplayer angeklickt wird.

Verkehr

Neues statistisches Angebot zu Parkplätzen

Die Stadt Zürich hat ein [neues statistisches Angebot](#) zu den blauen und weissen Parkplätzen veröffentlicht. Die 2011 einsetzende Zeitreihe zeigt, dass die **Stadt Zürich im Jahr**

2025 insgesamt 8917 weisse und 29 898 blaue Parkplätze zählte.

Dass der markante Rückgang der weissen Parkplätze im Jahr 2022 sich hauptsächlich auf die Umstellung der Datenquelle sowie auf die damit verbundene Anpassung der Zähl-

methode und Definition zurückführen lasse, mutet allerdings wenig überzeugend an. Zusätzlich zur Anzahl Parkplätze in der ganzen Stadt ist auch die Anzahl Parkplätze nach Quartier als Downloadtabelle und [Open Government Data](#) verfügbar.

Einwendungen gegen Strassenbauprojekte

Hängige Einwendungen des GVZ (gekürzt) zu öffentlichen Planauflagen gemäss § 13 des Strassengesetzes des Kantons Zürich (Mitwirkung der Bevölkerung):

■ **Hofwiesenstrasse, Schaffhausserplatz bis Bucheggplatz** (18. Dezember 2025)

Es sei auf den Abbau von MIV-Fahrstreifen, die Einführung von Mischverkehr MIV/ÖV und die Einführung einer Begegnungszone zu verzichten. Die

bestehenden Breiten der MIV-Fahrstreifen seien beizubehalten.

■ **Klusplatz (Asyl-, Berg- und Witikonstrasse)** (30. Januar 2026)

Auf den Abbau von MIV-Fahrstreifen, die gegenüber heute zusätzliche Verflechtung MIV/ÖV, die Schaffung einer Begegnungszone und den Einbau von Belagsrampen sei zu verzichten. Die heutige Zahl weisser (Abbaupläne 5 von 5) und blauer

(Abbaupläne 2 von 13) Parkplätze und die bestehenden Abbiege- bzw. Ein-/Ausfahrtsbeziehungen seien beizubehalten.

■ **Nötzli-, Giacomettistrasse, Müseliweg, Segantinistrasse bis Appenzellerstrasse** (20. Februar 2026)

Die heutige Zahl blauer (Abbaupläne 11 von 11) Parkplätze auf der Nötzlistrasse sei beizubehalten und auf den Einbau von Belagsrampen sei ➔

zu verzichten. Das vorliegende Projekt ist die erste Etappe der Velovorzugsroute Höngg–Wipkingen. Damit wird ein Präjudiz für die weiteren Abschnitte geschaffen, wo dann u.a. ein **Abbau von Parkplätzen in dreistelliger Höhe** zu erwarten ist. Wir empfehlen deshalb, die **vorliegende Planaufgabe zu sistieren** und stattdessen ein Strassenbauprojekt, welches die gesamte Velovorzugsroute umfasst, aufzulegen. Im Sinne der Grundidee der Mitwirkung nach Art. 13 StrG ist es wichtig, dass der Bevölkerung die vollen Konsequenzen dieser Velovorzugsroute transparent gemacht werden. In diesem Zuge ist auch zu prüfen, ob die Führung des Veloverkehrs über die Gsteigstrasse via Emil-Klöti-Strasse zum Bucheggplatz und von dort nach Wipkingen

zielführender und für die übrigen Verkehrsteilnehmer verträglicher wäre.

■ Stellungnahme zu den Einwendungen an der Tramstrasse

Es ist sicher interessant, einmal einen Blick auf die Stellungnahme zu Einwendungen am Beispiel der [Tramstrasse](#) zu werfen. Alle Berichte zu den einzelnen Einwendungen sind aufschlussreich. Auf die Einwendung, dass Güterumschlagplätze an der Tramstrasse anzuordnen seien, nahm das Tiefbauamt beispielsweise wie folgt Stellung: «Aus Sicherheitsaspekten und aufgrund hitzemindernder Massnahmen können an der Tramstrasse keine Güterumschlagplätze angeordnet werden. Grundsätzlich gibt es die Möglichkeit, auf den öffentlich zur Verfügung stehenden

Blaue-Zone-Parkplätzen in der Schörlistrasse oder im Burriweg zu parkieren. Zudem ist ein kurzzeitiges Abstellen des Fahrzeugs auf den sickerfähigen und befahrbaren Flächen, zum Beispiel zum Ein- und Ausladen, möglich. Die Einwendung wird nicht berücksichtigt.» Da fragt man sich schon, ob es nicht besser wäre und klar für alle, einen Umschlagplatz zu signalisieren, als der allgemeine Hinweis, das Fahrzeug einfach irgendwo abzustellen. Auch sei die Frage erlaubt, wie diese Stellungnahme vereinbar ist mit der Strategie «[Urbane Logistik und Gewerbeverkehr](#)» der Stadt.

Bedauerlicherweise wird in den Berichten nie angegeben, wie viele Personen Einwendungen gemacht haben.

Gut zu wissen

Lohnausweis 2026

Seit dem 1. Januar 2026 gelten [neue Regelungen für den Lohnausweis](#). Bitte beachten Sie, dass diese Regelungen Einfluss auf die Lohnbuchhaltung, Spesenreglemente und Pauschalen haben. Die wichtigsten Neuerungen in Kürze:

- Erhöhung der Fahrkostenpauschale von CHF 0.70 auf CHF 0.75 pro Kilometer (auch dann erlaubt, wenn im genehmigten Spesenreglement CHF 0.70/km steht). Aufführen der Pauschale und Kreuz in Feld F des Lohnausweises.
- Genehmigte Spesenreglemente müssen den Mustervorlagen der

Schweizerischen Steuerkonferenz entsprechen.

- Höhere Freigrenze für Vergünstigungen von Dritten und Naturalgeschenken auf maximal CHF 600 pro Jahr.
- Teilzeitbeschäftigung muss in Ziff. 15 des Lohnausweises deklariert werden.



[Fürschi Züri](#) ist eine Initiative der Zürcher Handelskammer zusammen mit gleichgesinnten Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen. Fürschi Züri setzt sich ein für einen attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum Zürich. Wohnen muss dabei für alle preiswert und qualitativ hochwertig bleiben – mit ausreichend Raum für die Menschen, die hier leben und arbeiten.

- Eine neue [Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz](#) (FHNW) zeigt: **Eingriffe des Staats verknappen Wohnungen und erhöhen die Mietpreise.**
- Heute können Personen **Einspruch** gegen Bauprojekte einlegen, die sie **nicht direkt betreffen**. Künftig soll sich das nun ändern.
- Die Zürcher Stimmbevölkerung wird sich dieses Jahr mit dem sogenannten «[Wohnschutz](#)» beschäftigen. Eine Initiative fordert die Einführung eines **Mietzinsdeckels** sowie die **Bewilligungspflicht** für Abbrüche, Umbauten und Renovationen. Basel-Stadt kennt den Wohnschutz seit 2021. Seither sind

Sanierungen bewilligungspflichtig und die Kosten dürfen nur noch teilweise auf die Mieten geschlagen werden. In der Folge sind zwischen 2021 und 2023 die **Baugesuche für Wohnungen regelrecht eingebrochen**. Weil Sanierungen und Investitionen drastisch zurückgegangen sind, lockerte der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt den umstrittenen Wohnschutz per 1. November 2025.

Bleiben Sie direkt informiert, abonnieren Sie den [Newsletter](#).

Veranstaltungen

Informationsveranstaltung «Sind Sie sicher»



**Stadt Zürich
Stadtpolizei**

Die Stadtpolizei Zürich und der Gewerbeverband der Stadt Zürich laden ein zur **Informationsveranstaltung «Sind Sie sicher»** für KMU. Am

Dienstag, 26. Mai 2026, 18.00 bis 19.30 Uhr gibt die Stadtpolizei Tipps, wie sich ein Betrieb mit präventiven Massnahmen im Umgang mit Cyber-Gefahren, Gewalt und Aggression sensibilisieren kann. Weitere **Infos und Anmeldung:** [Informationsveranstaltung «Sind Sie sicher»](#) für KMU

in der Stadt Zürich. Anmeldeschluss: 19. Mai 2026.



**In Zürich.
Für Zürich.
Ihr Gewerbe.**

Urbane Logistik und Gewerbeverkehr im Fokus

Am **Montag, 18. Mai 2026, 17.30 bis 19.00 Uhr**, findet die **dritte Veranstaltung** statt. Die Stadträtinnen Simone Brander und Karin

Rykart sowie diverse ExpertInnen werden die aktuellen Entwicklungen und Massnahmen für die [urbane Logistik und den Gewerbeverkehr](#)

präsentieren. Mit Podiumsdiskussion und Apéro. **Wer hat Lust dabei zu sein?** Melden Sie sich per E-Mail an u.woodtli@gewerbezuersch.ch.

VZH-Veranstaltungen zu arbeitsrechtlichen Themen

■ Arbeitszeugnis: Wahrheit oder Wohlwollen?

Donnerstag, 7. Mai 2026, 17.00 bis 18.30 Uhr

■ Behördensicherer Datenschutz nach neuem DSG – pragmatisch und umsetzbar

Donnerstag, 11. Juni 2026, 15.30 bis 18.00 Uhr

■ Bald werde ich pensioniert: Fragen zu AHV, Pensionskasse und Partnerschaft

Montag, 15. Juni 2026, 13.30 bis 17.30 Uhr

Mit dem Vermerk «GVZ» bei der Anmeldung profitieren Mitglieder des GVZ von vergünstigten Konditionen. [Infos und Anmeldung.](#)

Vorwärts mit dem Bürokratieabbau

Bürokratieabbau darf keine leere Floskel sein. Melden Sie uns Beispiele für unnötige Regulierungen, für belastende Bürokratie und Gebühren sowie regulatorische Hemmnisse im Allgemeinen wie auch spezifisch zur Kreislaufwirtschaft per [E-Mail](#). Besten Dank!

GVZ-Kolumne schon gelesen?

Februar: [Was für eine Zukunft für Zürich?](#)

Nach dem Wegfall der Lokalinfo AG auf Stadtgebiet erschien die GVZ-Kolumne jeweils im Tagblatt der Stadt Zürich. Aufgrund dessen viel höherer Tarife wird die GVZ-Kolumne ab 2026 auf **vier Ausgaben pro Jahr** reduziert. Die Kooperation mit der Quartierzeitung Högger wird in dieser Form ebenfalls weitergeführt. Und natürlich finden Sie alle Kolumnen von GVZ-Präsidentin Nicole Barandun auf der [GVZ-Website](#).

